

Boller
Hartmann

Kompetenzorientierte Volkswirtschaftslehre

Fachoberschule und
Berufsoberschule in Bayern

Jahrgangsstufe 13



Wirtschaftswissenschaftliche Bücherei für Schule und Praxis

Begründet von Handelsschul-Direktor Dipl.-Hdl. Friedrich Hutkap †

Verfasser:

Dr. Eberhard Boller, Dipl.-Hdl.

Gernot B. Hartmann, Dipl.-Hdl.

Fast alle in diesem Buch erwähnten Hard- und Softwarebezeichnungen sind eingetragene Warenzeichen.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Umschlagfotos:

Bild links unten: Kzenon – www.colourbox.de

Bild rechts: Arndt Pröhl

* * * * *

1. Auflage 2018

© 2018 BY MERKUR VERLAG RINTELN

Gesamtherstellung:

MERKUR VERLAG RINTELN Hutkap GmbH & Co. KG, 31735 Rinteln

E-Mail: info@merkur-verlag.de

lehrer-service@merkur-verlag.de

Internet: www.merkur-verlag.de

ISBN 978-3-8120-0661-3

Lernbereich 1: Wirtschaftspolitische Konzeptionen und fiskalpolitische Maßnahmen beurteilen

1 Wirtschaftspolitische Ziele charakterisieren und mögliche Zielkonflikte begründen

LB 1 Handlungssituation 1.1

Nadine, Jennifer, Sarah und Meike – allesamt Schülerinnen der Beruflichen Oberschule für Wirtschaft in München – sind seit vielen Jahren eine typische Mädchenclique, die viel Zeit miteinander verbringt. Alle vier sind in den letzten acht Monaten volljährig geworden und dürfen nun erstmals bei der in Kürze stattfindenden Bundestagswahl wählen. Als sogenannte Erstwählerinnen wollen sie auf jeden Fall an der Wahl teilnehmen und außerdem nicht irgendeiner Partei ihre Stimme geben, nur weil deren Kandidat oder Kandidatin sympathisch wirkt. Vielmehr haben sie sich fest vorgenommen, sich genauer darüber zu informieren, wofür die einzelnen Parteien wirklich stehen und welche Ziele sie konkret verfolgen. Vor diesem Hintergrund haben sich alle vier in den letzten Wochen mehr oder weniger intensiv für die Ziele der Parteien interessiert und öfter als früher Nachrichten und politische Diskussionsrunden angeschaut.

An einem Wochenende treffen sich die vier Freundinnen mal wieder nach einer ausgiebigen Shoppingtour in ihrem Lieblingscafe, um den Tag in gemütlicher Runde langsam ausklingen zu lassen. Im Laufe der schon länger andauernden Unterhaltung werden auch die in Kürze anstehenden Wahlen zum Gesprächsthema. Jenni-

fer führt an, dass ihr heute beim Shoppen mal wieder aufgefallen sei, dass in letzter Zeit doch alles recht teuer geworden ist. Auch ihre Eltern würden sich schon länger über diese Entwicklung total aufregen. Gestern habe sie dann in einer Talkshow einen Politiker gehört, der sich im Falle eines Wahlsieges seiner Partei vor allem für einen stabileren Euro und somit auch für eine Eindämmung des spürbaren Preisanstiegs einsetzen möchte. Er habe sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dem Großteil der arbeitenden Bevölkerung diese Entwicklung dauerhaft nicht mehr zuzumuten sei und deshalb dringend politischer Handlungsbedarf bestehe. Das habe ihr sehr imponiert und sie würde deshalb wahrscheinlich dieser Partei ihre Stimme geben.

Meike erklärt, dass ihr aufgefallen sei, dass die einzelnen Parteien recht unterschiedliche Ziele formuliert hätten, wobei ihr die Sache mit dem Euro noch nicht begegnet sei. Vielmehr ist ihr ein Werbespot in Erinnerung, wo die betreffende Partei sich im Falle einer Regierungsbeteiligung für mehr Wachstum und somit auch für mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze einsetzen möchte. Da sie nach Beendigung der Beruflichen Oberschule im kommenden Jahr eine Ausbildung bei einem Kreditinstitut anstrebt



Meike:

„... mehr Wachstum und somit auch mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze ...“



Jennifer:

„... vor allem ein stabilerer Euro ...“



Sarah:

„... total begeistert, wie die Zukunft unseres Planeten in den Mittelpunkt gestellt wird ...“



und von Bekannten weiß, wie schwierig es zurzeit ist, einen solchen Ausbildungsplatz bei einer Bank oder Sparkasse zu bekommen, hält sie diese Zielsetzung aus ihrer Sicht für besonders wichtig, sodass sie sich durchaus vorstellen könnte, genau diese Partei zu wählen. Jetzt schaltet sich auch Sarah in das Gespräch ein und ist spürbar verärgert über Meike. Sie kann nicht verstehen, wie man eine Partei wählen kann, die ganz offensichtlich die Industrie noch stärker fördern möchte und damit wahrscheinlich auch noch mehr Industriegebiete entstehen ließe. Und mehr Industriegebiete bedeuten auch mehr Straßen und Autobahnen, mehr Lkw-Verkehr, mehr Lärm und mehr Abgase. Dies würde doch die Natur und somit die Umwelt noch weiter zerstören und die Zukunft der jungen Menschen stark gefährden. Eine solche Partei würde sie niemals wählen. Vielmehr habe sie in letzter Zeit immer wieder Politiker



Nadine:

„... Diskussion erübrigt sich. Fast alle Parteien sind für soziale Gerechtigkeit ...“

einer bestimmten Partei darüber sprechen hören, dass sie im Falle eines Wahlsieges genau das nicht mehr weiter zulassen werden. Daraufhin habe sie sich im Internet deren Parteiprogramm angesehen und sei total begeistert, wie die Politiker dieser Partei die Zukunft unseres Planeten in

den Mittelpunkt ihrer Politik stellen – das sei eine Partei, die man als junger Mensch wählen müsse.

Nadine kann die ganze Aufregung ihrer Freundinnen überhaupt nicht verstehen und sagt, dass sie sich doch gar

nicht streiten müssten, schließlich wäre es doch letztlich völlig egal, welcher Partei man seine Stimme gibt. Auf die Frage, wie sie denn darauf kommt, antwortet Nadine, dass ihr aufgefallen sei, dass auf den Wahlplakaten fast aller Parteien immer das Gleiche steht: „Für mehr soziale Gerechtigkeit“. Und wenn doch alle Parteien ganz offensichtlich das gleiche Ziel verfolgen, erübrige sich wohl jegliche Diskussion.

Kompetenzorientierte Arbeitsaufträge:

1. Formulieren Sie, welche Ziele die Parteien in der vorangestellten Handlungssituation konkret verfolgen. Erläutern Sie anschließend, mit welchen Messgrößen das Erreichen dieser jeweiligen Ziele überprüft werden kann!
2. In der Handlungssituation wird erkennbar, dass zumindest zwei der angesprochenen Ziele miteinander in Konflikt stehen. Erklären Sie, um welche Ziele es sich handelt, und beschreiben Sie anschließend anhand eines eigenständig gewählten Beispiels diesen Zielkonflikt!
3. Erläutern Sie, was man unter „sozialer Gerechtigkeit“ versteht! Überprüfen Sie dabei auch kritisch die Frage, inwiefern tatsächlich alle Parteien das Gleiche meinen, wenn sie von mehr sozialer Gerechtigkeit sprechen!
4. Nennen Sie die vier Ziele nach dem Stabilitätsgesetz und erläutern Sie jeweils deren politisch akzeptierten Zielerreichungsgrad!
5. Zeichnen Sie das „magische Sechseck der Wirtschaftspolitik“ und entwickeln Sie für jedes einzelne Ziel des „magischen Sechsecks“ jeweils zwei mögliche wirtschaftspolitische Maßnahmen, die zu einem höheren Zielerreichungsgrad beitragen könnten!

1.1 Begriff Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik versucht Antworten auf die Fragen zu finden:

- Welche Ziele sind realisierbar und
- wie lassen sich die festgelegten Ziele erreichen?



Am Anfang der Wirtschaftspolitik steht ein **Ziel**, das realisiert werden soll. Die Festlegung solcher Ziele und Normen, also dessen, was sein sollte, lässt sich wissenschaftlich allgemeingültig nicht vornehmen.

Da man folglich über die Ziele der Wirtschaftspolitik **unterschiedlicher Meinung** sein kann, sollte deren Festlegung bzw. Formulierung letztlich über politisch legitimierte Organe im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses¹ erfolgen. Die anzustrebenden Ziele sind im Wesentlichen politisch durch die **Träger der Wirtschaftspolitik**, etwa durch das Parlament, zu bestimmen.

Unter **Wirtschaftspolitik** versteht man die Beeinflussung der Wirtschaft durch politische Maßnahmen, mit denen der **Staat regelnd** und **gestaltend** in die Wirtschaft eingreift.



Wirtschaftspolitik umfasst alle Maßnahmen staatlicher Instanzen

- zum Ablauf des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses (**Prozesspolitik**).
Beispiele: Konjunkturpolitik (Fiskalpolitik)², Arbeitsmarktpolitik³ und Geldpolitik.
- zur Beeinflussung der Struktur (**Strukturpolitik**).⁴
Beispiele: Steuererleichterungen und Subventionen zur Modernisierung bzw. Anpassung einzelner Industrien oder Branchen, finanzielle Förderung von Forschung, Verbesserung der Infrastruktur.
- zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung (**Ordnungspolitik**).
Beispiele: Wettbewerbsordnung,⁵ Gewerbeordnung, Eigentumsordnung.

Die Wirtschaftspolitik⁶ kann sich auf die gesamte Volkswirtschaft (**allgemeine Wirtschaftspolitik**) oder auf Teilbereiche (**spezielle Wirtschaftspolitik**) erstrecken.

Die **Umweltpolitik** und die **Entwicklungspolitik**⁷ können sowohl der **speziellen** Wirtschaftspolitik zugerechnet als auch als **eigenständige** Politikbereiche angesehen werden.

1.2 Wirtschaftspolitische Ziele und ihre Zielbeziehungen

1.2.1 Ziele des Stabilitätsgesetzes sowie deren Messgrößen und Zielerreichungsgrade

(1) Überblick

- **Politik** ist **zielgerichtetes** Handeln. Der Staat muss sich also Ziele setzen, nach denen er seine Wirtschaftspolitik ausrichtet.
- Das **Grundgesetz** mit seinen Forderungen nach **größtmöglicher Freiheit** und **sozialer Gerechtigkeit** setzt hierzu nur „Eckpfeiler“. In diesem weit gespannten Rahmen ist der Staat in seinen Zielsetzungen und Maßnahmen frei.



1 **Konsens:** Zustimmung, Einwilligung, Übereinstimmungen der Meinungen.

2 Vgl. hierzu Kapitel 2 und 3 im Lernbereich 1.

3 Vgl. hierzu Lernbereich 2.

4 Vgl. hierzu Lernbereich 3.

5 Vgl. hierzu Lernbereich 4.

6 Vgl. hierzu Lernbereich 5.

7 Vgl. hierzu Lernbereich 6.

Die vier genannten Ziele sind **quantitative Ziele**, weil sie sich in Zahlen erfassen lassen. Zwei weitere wichtige, nicht ausdrücklich im Stabilitätsgesetz erwähnte **qualitative Ziele** sind:

- sozial verträgliche Einkommens- und Vermögensverteilung und
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen (Umweltschutz).

Werden die **quantitativen** und **qualitativen** Ziele gleichzeitig verfolgt, so spricht man von einem **magischen Sechseck**.



(2) Hoher Beschäftigungsstand

Die **Beschäftigung** zeigt den Grad der **Kapazitätsausnutzung** einer Volkswirtschaft an.



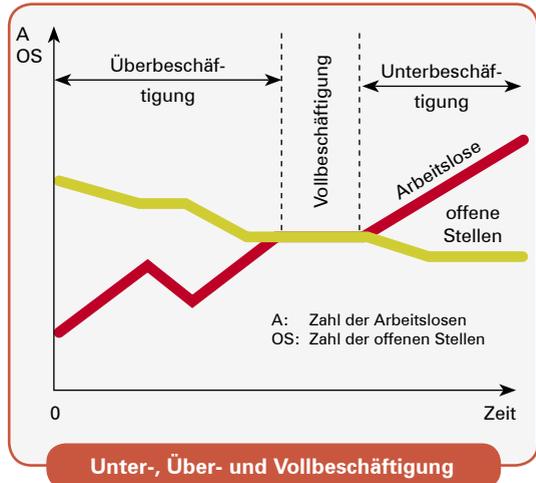
Die Beschäftigungslage in einer Volkswirtschaft beurteilt man meist an den Arbeitslosenzahlen und den offenen Stellen.

Vollbeschäftigung	Sie ist gegeben, wenn die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an den beschäftigten Erwerbspersonen) nicht mehr als rund 2 % beträgt.
Überbeschäftigung	Sie liegt vor, wenn die Zahl der offenen Stellen erheblich über der Zahl der Arbeitslosen liegt.
Unterbeschäftigung	Sie ist gegeben, wenn die Arbeitslosenquote höher als rund 2 % ist und die Zahl der offenen Stellen niedriger als die Arbeitslosenzahl ist.

Eine einheitliche Berechnungsformel für die **Arbeitslosenquote** gibt es nicht. Die Bundesagentur für Arbeit verwendet in Anlehnung an die Berechnung der EU-Arbeitslosenquote folgende Berechnungsmethode:

$$ALQ = \frac{\text{Arbeitslosenzahl} \cdot 100}{\text{Anzahl der Erwerbspersonen}}$$

Unter **Erwerbspersonen** sind die selbstständigen und die unselbstständigen Erwerbspersonen **zuzüglich der Arbeitslosen** zu verstehen. Demnach besteht die Zahl der abhängigen Erwerbspersonen aus den abhängig Beschäftigten **und** den Arbeitslosen.



Zu den wichtigsten **Problemen der Unterbeschäftigung** innerhalb einer Volkswirtschaft zählen:

- Drohende Arbeitslosigkeit bewirkt einen **Rückgang der Nachfrage**.
- Die **Steuereinnahmen** des Staates **gehen zurück**, sodass dieser seine Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann.
- Die **Familien** der Arbeitslosen kommen in **finanzielle Schwierigkeiten**, sodass die sozialen Probleme zunehmen.
- Sinkende Beitragseinnahmen der **Sozialversicherungsträger** und zugleich steigende Ausgaben (z.B. der Arbeitslosenversicherung), steigende Lohnnebenkosten der Unternehmen durch Erhöhung der Beitragssätze, dadurch Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Verschärfung einer bestehenden Arbeitslosigkeit.
- **Soziale Konflikte** können sich verstärken (z. B. Radikalisierung).



Eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik ist die Sicherung eines **hohen Beschäftigungsstands**.

(3) Stabilität des Preisniveaus



Eine (absolute) **Stabilität des Preisniveaus** (Geldwertstabilität) liegt vor, wenn sich das Preisniveau¹ überhaupt nicht verändert.

Auch bei absoluter Preisstabilität können sich die Preise der einzelnen Güter verändern. Bedingung ist jedoch, dass Preissteigerungen einzelner Wirtschaftsgüter durch die Preisenkungen anderer Wirtschaftsgüter ausgeglichen werden.

Die Wirtschaftspolitik konnte oder wollte bisher nur in seltenen Fällen eine absolute Preisstabilität erreichen. Aus diesem Grund wird heute eine relative Preisstabilität gefordert. Nach der **Definition der Europäischen Zentralbank (EZB)** ist Preisstabilität gegeben, wenn die **Preissteigerungsrate** im Durchschnitt mehrerer Jahre **unter 2 %** liegt.

¹ **Preisniveau:** gewogener Durchschnitt aller Güterpreise.

Inflationsraten,¹ die über der genannten Zielvorstellung liegen, bringen erhebliche Nachteile mit sich. Die Sparer werden dann geschädigt, wenn die Inflationsraten (Preissteigerungsraten) höher als die Sparzinsen sind. Hingegen werden die Schuldner und die Besitzer von Realvermögen (z. B. von Grundstücken, Betriebsvermögen und Anteilsrechten wie z. B. Aktien) bevorzugt. Steigt das inländische Preisniveau schneller als das ausländische, wird der Export beeinträchtigt, sodass die Arbeitsplätze in Gefahr geraten.

(4) Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Ein **außenwirtschaftliches Gleichgewicht** liegt vor, wenn die Zahlungsbilanz mittelfristig ausgeglichen ist.



Als erstrebenswert gilt ein positiver Außenbeitrag (Unterschiedsbetrag zwischen Export und Import) in Höhe von 2–3% des nominellen Bruttoinlandsproduktes.

Die Zahlungsbilanz ist die Gegenüberstellung aller in Geld messbaren Transaktionen (Bewegungen, Übertragungen) zwischen In- und Ausland. Sind die Zahlungsströme ins Inland größer als die Zahlungsströme ins Ausland, spricht man von Zahlungsbilanzüberschuss. Sind die Zahlungsströme vom Inland ins Ausland größer als die Zahlungsströme vom Ausland ins Inland, handelt es sich um ein Zahlungsbilanzdefizit. Im ersten Fall liegt eine **aktive Zahlungsbilanz**, im zweiten eine **passive Zahlungsbilanz** vor.

Da die Hauptursachen von **Zahlungsbilanzungleichgewichten** meistens in einem anhaltenden **Missverhältnis von Importen und Exporten** liegen, wollen wir uns auf die Wirkungen von Export- bzw. Importüberschüssen beschränken.

<p>Exportüberschüsse</p> 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Exportüberschüsse führen zu Devisenüberschüssen,² weil die Exporteure die eingenommenen Devisen in der Regel bei den Banken in Binnenwährung umtauschen. ■ Der Geldumlauf in der Binnenwirtschaft steigt. Bei bestehender Vollbeschäftigung steigt das Preisniveau („importierte Inflation“).³
<p>Importüberschüsse</p> 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Die Importeure zahlen die Importe entweder in Binnen- oder in Fremdwährung. Wird in Binnenwährung gezahlt, tauschen die im Devisenland ansässigen Exporteure ihre Erlöse in ihre eigene Währung um. Wird in Fremdwährung gezahlt, müssen die Importeure die benötigten Devisen im eigenen Währungsgebiet kaufen. ■ In beiden Fällen schrumpft der Devisenvorrat der Binnenwirtschaft: Die Zahlungsbilanz wird passiv. Die abnehmende Geldmenge bremst zwar den Preisauftrieb, gefährdet aber die Arbeitsplätze.

1 **Inflationsraten:** Preissteigerungsraten (prozentuale durchschnittliche Preissteigerungen in Bezug auf das Vorjahr). Unter Inflation (lat. Aufblähung) versteht man eine lang anhaltende Steigerung des Preisniveaus.

2 **Devisen:** Zahlungsmittel (z. B. Schecks und Überweisungen) in Fremdwährung.

3 Weil bei Exportüberschüssen der Geldumlauf im eigenen Währungsgebiet steigt und dort zugleich das Güterangebot sinkt, spricht man auch vom **doppelt inflationären Effekt** der **Exportüberschüsse**.

(5) Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

■ Begriff Wirtschaftswachstum



Ein **stetiges Wirtschaftswachstum** liegt vor, wenn das Wachstum des **realen Bruttoinlandsprodukts** keine oder nur geringe Konjunkturschwankungen¹ aufweist.

Das Wirtschaftswachstum ist in allen Wirtschaftsordnungen ein wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik, denn nur dann, wenn die Produktion wirtschaftlicher Güter schneller als die Bevölkerung wächst, kann der **materielle Lebensstandard** pro Kopf der Bevölkerung **erhöht** werden. Wirtschaftliches Wachstum ist umso wichtiger, je geringer der Entwicklungsstand und damit der Lebensstandard einer Volkswirtschaft ist.

Schwieriger ist der Begriff des **angemessenen Wirtschaftswachstums** zu bestimmen, denn was unter „angemessen“ zu verstehen ist, kann nur politisch entschieden werden. Derzeit würde ein jährliches Wirtschaftswachstum von **3 %** im Bundesdurchschnitt als großer wirtschaftspolitischer Erfolg gewertet werden.

■ Bedingungen des quantitativen Wirtschaftswachstums

Das Wachstum der Wirtschaft – gemessen an der Höhe des **realen Bruttoinlandsprodukts** – ist vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- ausreichend zur Verfügung stehende Rohstoff- und Energiequellen (Ressourcen);
- hohe Sparrate, die hohe Investitionen ermöglicht;
- gute Ausbildung der arbeitenden Bevölkerung („Know-how“);
- ausgebaute Infrastruktur;
- optimistische Zukunftserwartungen der Wirtschaftssubjekte;
- sicherer (steigender) Absatz mit angemessenen Unternehmensgewinnen.

■ Grenzen des Wirtschaftswachstums

Die Bedingungen des Wirtschaftswachstums machen zugleich seine möglichen Grenzen sichtbar: Die **Rohstoff- und Energievorräte** der Erde sind begrenzt, die **Bevölkerungszahl** der hoch industrialisierten Länder stagniert oder schrumpft und die **Umweltbelastung** durch Schadstoffe nimmt zu. Hinzu kommt, dass in den industriellen „Wohlstandsgesellschaften“ die materiellen Grundbedürfnisse weitgehend befriedigt sind.

(6) Mögliche Zielkonflikte² (magisches Viereck)

Die Forderung, dass die Wirtschaftspolitik gleichzeitig einen hohen Beschäftigungsstand, Preisstabilität (Geldwertstabilität), außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum anzustreben habe, ist leicht zu erheben, aber schwierig zu erfüllen. Je nach Ausgangslage besteht Zielharmonie³ oder ein Zielkonflikt.

1 **Konjunktur**: Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivitäten, vor allem der Beschäftigung (Näheres siehe Kapitel 1, Lernbereich 2).

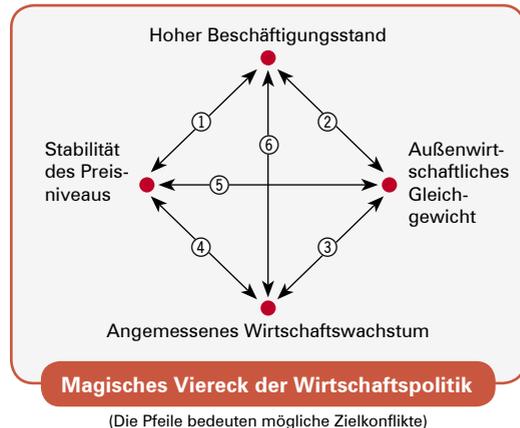
2 **Konflikt** (lat.): Zusammenstoß, Widerstreit, Zwiespalt.

3 **Harmonie** (griech.-lat.): Übereinstimmung, Einklang.

- Von **Zielharmonie** spricht man, wenn bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen der Erreichung mehrerer Ziele dienlich sind.
- Ein **Zielkonflikt** liegt vor, wenn die Ergreifung einer bestimmten Maßnahme die Wirtschaft zwar einem Ziel näher bringt, sie dafür aber von anderen Zielen entfernt.
- **Zielindifferenz**¹ ist gegeben, wenn durch die Verfolgung eines wirtschaftspolitischen Ziels die Verfolgung anderer wirtschaftspolitischer Ziele weder gefährdet noch gefördert wird.



Es ist ersichtlich, dass in der Regel die gleichzeitige Verfolgung der genannten Ziele nicht möglich ist. Man spricht daher vom „**magischen Viereck**“. Nur ein Magier, also ein Zauberer, könnte gleichzeitig Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum erreichen.



Beispiel für eine mögliche Konfliktsituation:

Ist eine Wirtschaft **unterbeschäftigt**, liegt in der Regel folgende Situation vor: Die Zahl der Arbeitslosen übersteigt die Anzahl der offenen Stellen; der Preisauftrieb ist gedämpft, sofern die Gewerkschaften trotz Unterbeschäftigung keine überhöhten Lohnforderungen durchsetzen. Die Investitionsneigung der Unternehmen ist gering, weil der entsprechende Absatz fehlt. Die Steuereinnahmen des Staates reichen nicht aus, um die Staatsausgaben zu finan-

zieren. Angenommen nun, die Wirtschaft soll mithilfe von Exportförderungsmaßnahmen (z. B. Exportsubventionen, Abwertung) belebt werden. War die Zahlungsbilanz bisher ausgeglichen, kann somit das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts *nicht* angestrebt werden. Das Ziel der Preisstabilität hingegen ist in dieser Situation nicht gefährdet, weil die unterbeschäftigte Wirtschaft zunächst zu konstanten Preisen anbieten kann.

1.2.2 Sozial verträgliche Einkommens- und Vermögensverteilung

Das wirtschafts- und sozialpolitische Ziel einer sozial verträglichen Einkommens- und Vermögensverteilung läuft darauf hinaus, die Einkommen und Vermögen in Zukunft **gleichmäßiger** unter die großen sozialen Gruppen der Arbeitnehmer einerseits und der Selbstständigen („Unternehmer“) einschließlich der sonstigen Vermögensbesitzer andererseits zu verteilen. Bezüglich der Einkommenspolitik des Staates bedeutet das, die **Lohnquote** (Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen) zu erhöhen.

1 **Indifferenz** (lat.): "Keinen Unterschied haben"; indifferent: unbestimmt, unentschieden, gleichgültig, teilnahmslos.

Art der Maßnahme	Erläuterungen	Beispiele
<p>Marktkonforme Maßnahmen</p> <p>Ziel: Anreize zu umweltschonendem Verhalten geben, ohne den Preismechanismus des Marktes außer Kraft zu setzen.</p>	<p>Hier versucht der Staat umweltschädliche Maßnahmen und Produkte mithilfe von Steuern, Abgaben und Zöllen („Ökosteuern“) so stark zu belasten, dass in absehbarer Zeit sowohl Nachfrage als auch Angebot reagieren werden.</p> <p>Umgekehrt sollen alle als umweltschonend erkannten Maßnahmen und Produkte so stark entlastet (erforderlichenfalls auch subventioniert) werden, sodass sich Nachfrage und Produktion in die gewünschte Richtung bewegen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mögliche Einführung von „Öko-Produktsteuern“, z.B. für Batterien, tropisches Holz, Waschmittel und Streusalz. ■ Erhebung von Müllvermeidungssteuern für Einwegflaschen, Getränkedosen, Kunststoffbehälter und -flaschen, Aluminiumfolien und für Werbezwecke verwendetes Papier. ■ Rücknahmeverpflichtung für umweltbelastende Produkte, nachdem ihre Nutzungsdauer abgelaufen ist (z.B. Kühlschränke, Autos, Batterien).
<p>Marktkonträre Maßnahmen</p> <p>Ziel: Zu umweltschonendem Verhalten zwingen, indem der Preismechanismus des Marktes aufgehoben wird.</p>	<p>Marktkonträre Maßnahmen sind Verbote¹ und die Vorgabe von Grenzwerten.</p> <p>Das Problem der Vorgabe von Grenzwerten ist, dass sie auch noch unterboten werden können, die Wirtschaftssubjekte aber nicht einsehen, dass sie die Kosten für eine weitere Verringerung von Schadstoffen tragen sollen, wenn dies nicht gesetzlich vorgeschrieben ist.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Umweltschädliche Produkte, auf die vollständig verzichtet werden kann, müssen verboten werden (z.B. umweltschädliche Treibgase in Sprühdosen, Glühbirnen). ■ Einzelschadstoffe, die mit technischen Mitteln auf einen bestimmten Stand reduziert werden können, sind mithilfe von Grenzwerten zu verringern (z.B. Schadstoffe in Autoabgasen).

Kompetenztraining



1. Nennen und beschreiben Sie den Zielkatalog des „magischen Vierecks“!
2. Erläutern Sie, warum diese Zielkombinationen (Frage 1) als „magisch“ bezeichnet werden!
3. Nennen Sie die Anzahl der möglichen Konfliktfelder, die es z. B. bei der gleichzeitigen Verfolgung von z. B. fünf oder sieben wirtschaftspolitischen Zielen gibt!
4. Die im Kapitel 1.2.1 genannten wirtschaftspolitischen Ziele sind Oberziele. Wählen Sie drei dieser Ziele aus und überlegen Sie sich, welche Zwischen- und Unterziele sich aus diesen Oberzielen ableiten lassen!
5. Bearbeiten Sie folgende Aufgaben:
 - 5.1 Das Oberziel der Wirtschaftspolitik von Deutschland ist nach § 1 StabG das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“. Erläutern Sie, was hierunter zu verstehen ist!
 - 5.2 Nennen Sie die quantitativen Ziele des § 1 StabG!
 - 5.3 Erläutern Sie, warum die Vollbeschäftigung ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik ist!
 - 5.4 Erläutern Sie, unter welchen Bedingungen Vollbeschäftigung vorliegt!
 - 5.5 Erklären Sie das wirtschaftspolitische Ziel „Preisniveaustabilität“!
 - 5.6 Begründen Sie, warum der Staat für außenwirtschaftliches Gleichgewicht sorgen sollte!
 - 5.7 Erläutern Sie, welche möglichen Zielkonflikte zwischen den Zielen „hoher Beschäftigungsstand“, „Stabilität des Preisniveaus“ und „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ bestehen können!

1 Dies gilt jedoch **nicht** für den Fall, dass **alternative Möglichkeiten** (z. B. Technologien) zur Verfügung stehen.

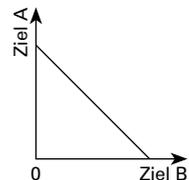
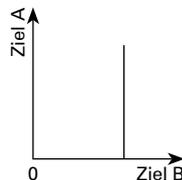
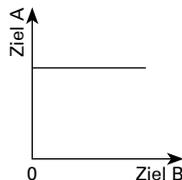
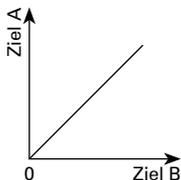
- 5.8 Erklären Sie, was unter stetigem Wirtschaftswachstum zu verstehen ist!
- 5.9 Nennen Sie neben dem Ziel des stetigen Wirtschaftswachstums noch weitere langfristige Ziele der Wirtschaftspolitik!
- 5.10 Erläutern Sie, welche Zielkonflikte sich zwischen dem Ziel des stetigen Wirtschaftswachstums einerseits und den kurzfristigen Zielen der Stabilität des Preisniveaus, des hohen Beschäftigungsstands und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts andererseits ergeben können!
- 5.11 Die möglichen Zielkonflikte erfordern, dass der Staat wirtschaftspolitische Kompromisse schließen muss. Erläutern Sie diese Aussage!
- 5.12 Erläutern Sie, warum in Deutschland trotz Wirtschaftswachstum das Ziel eines möglichst hohen Beschäftigungsstands seit Jahren unerreichbar scheint!
6. Ökosteuern und -abgaben, Verbote und die Vorgabe von Grenzwerten sollen zu einem umweltverträglichen Wirtschaften beitragen.

Beispiele:

- Erhebung einer Abwasserabgabe, die mit zunehmendem Reinheitsgrad der Abwässer sinkt.
- Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und Erhöhung der Mineralölsteuer.
- Verbot umweltschädlicher Produkte (z. B. umweltschädlicher Treibgase in Sprühdosen).
- Begrenzung der zulässigen Rußzahlen bei Ölfeuerungsanlagen.
- Fahrverbot für Dieselfahrzeuge.
- Stromsteuer auf Atomstrom und Strom aus Verbrennungskraftwerken.
- Vorgabe von Abgasgrenzwerten (z. B. für Kraftwerke, Autos).
- Subventionen zur Gewinnung von Erdwärme.
- Steuererleichterung für Elektrofahrzeuge.
- Herstellungsverbot asbesthaltiger Werkstoffe.
- Einführung des Dosenpfands.
- Importverbot für genmanipulierte Lebensmittel.

Aufgaben:

- 6.1 Begründen Sie, welche der genannten Maßnahmen als marktkonform und welche als marktkonträr zu bezeichnen sind!
- 6.2 Angebot und Nachfrage nach einem umweltschädlichen Gut A verhalten sich normal. Das Gut A wird mit einer Ökosteuer belegt. Stellen Sie mithilfe der Angebots- und Nachfragekurve dar, wie sich Preis und Absatzmenge des Gutes A verändern!
- 6.3 Erklären Sie, wie sich die Ökosteuer auf das Produkt A auf die Nachfrage nach dem Substitutionsgut (Ersatzgut) B auswirken könnte!
- 6.4 Bilden Sie zwei eigene Beispiele für den unter 6.3 beschriebenen Substitutionseffekt!
7. Beschreiben Sie, welche Zusammenhänge die nachfolgenden Abbildungen ausdrücken!



LB 1 Handlungssituation 1.2

Die 18-jährige Schülerin Lea hat nach einer Geburtstagsparty am Sonntagmorgen mal wieder länger geschlafen. Trotz einer gewissen Restmüdigkeit steht sie pünktlich zum Mittagessen auf, da es in ihrer Familie seit vielen Jahren üblich ist, zumindest an einem Sonntag gemeinsam zu Mittag zu essen. Als sie gut gelaunt und relativ ausgeschlafen das Esszimmer betritt, spürt sie sofort die leicht angespannte Stimmung zwischen ihren Eltern und ihrem Bruder. Anlass der wohl eher schlechten Laune der restlichen Familie ist ihr Bruder Dennis, der sich mal wieder ziemlich aufregt.

Dennis steckt gerade mitten in der Prüfungsvorbereitung zum Mechatroniker, hat aber vor zwei Wochen von seinem Ausbildungsbetrieb erfahren, dass er nach der Ausbildung nicht übernommen wird. Seither stellt er sich unentwegt die Frage, was die ganze Prüfungsvorbereitung überhaupt für einen Sinn hat, wenn er anschließend sowieso arbeitslos ist. Leas Mutter spricht Dennis seit dieser schlechten Nachricht vor zwei Wochen immer wieder Mut zu, indem sie versucht, ihn positiv zu stimmen und ihn ermuntert, nicht so negativ in die Zukunft zu blicken. Auch der Vater macht ihm immer wieder klar, dass er sich nun erst einmal auf die Prüfung konzentrieren soll. Danach könne er sich dann in aller Ruhe bei umliegenden Autohäusern als Mechatroniker bewerben. Er ist der Ansicht, dass eine gute Prüfung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine sichere Eintrittskarte für das zukünftige Berufsleben ist. Dennis hingegen sieht das natürlich alles ganz anders. Sein Ausbilder habe ihm klar zu verstehen gegeben, dass es allen Autohäusern in Deutschland zurzeit eher schlecht ginge und immer mehr Betriebe sogar ganz schließen müssten. Die Absatzzahlen für Neufahrzeuge seien seit Monaten – unabhängig von der Automarke – im Sinkflug, da sich die Haushalte in Deutschland wegen der rückläufigen Konjunktur beim Kauf von Neufahrzeugen sehr zurückhielten.

Um die Stimmung an diesem Sonntagmittag zu verbessern, versucht nun auch Lea ihrem Bruder gut zuzureden. Sie erinnert Dennis an

Oma, die bei größeren Problemen in der Familie immer sagte, dass nach jedem Tal auch wieder ein Berg komme. Lea fügt an, dass Oma zwar nicht ausdrücklich von der Konjunktur gesprochen habe, aber im übertragenen Sinne sei sie fest davon überzeugt, dass es mit der Wirtschaft sicher bald wieder bergauf gehen werde und es bis zum Ausbildungsende in vier Monaten für Dennis wieder besser aussieht. Außerdem solle er doch nur mal an eine ähnliche Situation vor ein paar Jahren denken, als der Staat der Autoindustrie mit der Zahlung einer Abwrackprämie in Höhe von 2500,00 Euro schon einmal massiv geholfen hätte.

Leider hat Lea mit dieser Äußerung genau das Gegenteil bei ihrem Bruder bewirkt. Dennis explodiert förmlich. Er wirft Lea vor, dass sie



sich seit dem Besuch der Beruflichen Oberschule für Wirtschaft und Verwaltung wohl für besonders klug hält. Vor allem regt er sich darüber auf, dass sie gut reden hätte. Schließlich würde der Staat Milliarden ausgeben, um marode Banken und Sparkassen vor dem finanziellen Kollaps zu retten. Und das Beste daran: Hauptsache seine kluge Schwester bekäme im Anschluss an den Besuch der Beruflichen Oberschule den gewünschten Ausbildungsplatz bei einer Bank. Und danach müsse sie sich wohl bis an ihr Lebensende keine Sorgen mehr um ihren Job machen, da der Staat ja, was Bankenrettung anbelangt, wohl eine Art unbegrenzten Freifahrtschein ausgestellt hätte. Da sei dann wohl leider kein Cent mehr für irgendwelche Autohäuser übrig.



Kompetenzorientierte Arbeitsaufträge:

1. Entwickeln Sie auf der Grundlage der Handlungssituation drei mögliche Maßnahmen des Staates, die zur Belebung der Nachfrage nach Neuwagen beitragen könnten!
2. Wie in der Handlungssituation dargelegt, hat der deutsche Staat die Automobilindustrie vor einigen Jahren schon einmal durch Zahlung einer Abwrackprämie unterstützt. Erläutern Sie kurz, welchen Beweggrund der Staat seinerzeit gehabt haben könnte, in konjunkturell schwierigen Zeiten ausgerechnet die Automobilindustrie hierzulande zu fördern!
3. In der Handlungssituation wird darauf hingewiesen, dass der Staat in der Vergangenheit Banken durch entsprechende Finanzspritzen gerettet hat. Nennen Sie mögliche Ursachen, die den Staat dazu bewegt haben könnten, ausgerechnet diese Branche in Krisenzeiten zu stützen!
4. Erläutern Sie kurz und anhand eines selbst gewählten Beispiels, was man unter Konjunkturpolitik versteht! Gehen Sie dabei auch auf den Begriff „Konjunkturpaket“ ein!
5. Angenommen der Staat würde die Automobilindustrie mit einem wirtschaftspolitischen Maßnahmenbündel stützen! Beurteilen Sie, welche positiven Wirkungen mit solchen Maßnahmen verbunden sein könnten. Gehen Sie dabei insbesondere auf Aspekte wie Beschäftigung, Sozialversicherung und Bundeshaushalt ein!
6. **Projektvorschlag:**
Analysieren Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Deutschlands und stellen Sie die wichtigsten Eckdaten für eine Präsentation zusammen.
Entwickeln Sie anschließend gemeinsam ein Maßnahmenbündel staatlicher Wirtschaftspolitik für die aktuelle Konjunkturphase!

2 Unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzeptionen kritisch analysieren und fiskalpolitische Maßnahmen hinsichtlich der zu erwartenden Wirkungen und Folgen bewerten

2.1 Antizyklische Fiskalpolitik als nachfrage- und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

2.1.1 Auswirkungen fiskalpolitischer Maßnahmen

Ende des Jahres 2017 zeigte die „Schuldenuhr“ des Bundes knapp 2 Billionen Euro an – je Einwohner 24000,00 €. Die Schulden müssen zurückgezahlt werden, und bis dahin fallen Jahr für Jahr Milliarden Euro Zinsen an. Dieses Geld fehlt an anderer Stelle des Bundeshaushalts, beispielsweise für Bildung und Investitionen. Die Arbeitnehmer tragen über ihre Steuern die Hauptlast der Zinsen und einer eventuellen Tilgung. Und weil die heute Erwachsenen den Schuldenberg aller Voraussicht nach nicht abtragen werden, bleibt er als Hypothek für die nächste Generation.

Staatsverschuldung in Deutschland	
1.978.053.995.011 €	
Zuwachs / Sekunde	Schulden / Kopf
58 €	24.044 €

Quelle: www.steuerzahler.de vom 30.12.2017.

	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besteht Inflationsgefahr, kann der Staat die Steuern erhöhen (Steuerpolitik) und die zusätzlichen Einnahmen bei der Deutschen Bundesbank stilllegen (Konjunkturausgleichsrücklage). Dem Wirtschaftskreislauf wird Geld entzogen, die Inflation wird gebremst. ■ Die Kürzung von Staatsausgaben (z. B. Einstellungs- und Beförderungsstopp im öffentlichen Dienst, Verringerung der Staatsausgaben für öffentliche Investitionen) wirkt in die gleiche Richtung: Die nachfragewirksame Geldmenge wird geringer, der Preisauftrieb wird gedämpft.
	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ist die Wirtschaft unterbeschäftigt, kann der Staat die Steuern senken und den Einnahmeausfall durch Auflösung der Konjunkturausgleichsrücklage und/oder durch Kreditaufnahmen decken. Dem Wirtschaftskreislauf wird zusätzliches Geld zugeführt. Der Staat erwartet, dass aufgrund dieser Maßnahme die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern steigt und so die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Die Politik bewussten Schuldenmachens durch den Staat zum Zweck der Konjunkturförderung wird als „Deficit-Spending“ bezeichnet.¹ ■ In die gleiche Richtung wirkt die Ausweitung der Staatsausgaben, die der Staat mit Krediten finanziert. Fragt der Staat z. B. mehr Bauleistungen nach, erhöht sich die Beschäftigung in der Bauindustrie. Diese wiederum kann mehr Baumaterialien, mehr Maschinen, mehr Kraftfahrzeuge und mehr Arbeitskräfte nachfragen (Multiplikatorwirkung² zusätzlicher Staatsausgaben).

Diese Form der Einnahmen- und Ausgabenpolitik des Staates zur Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bezeichnet man als **antizyklische Finanzpolitik**.

(2) Grenzen der antizyklischen Fiskalpolitik

Problematisch ist die **antizyklische Finanzpolitik**, wenn sich die Wirtschaft im Zustand der **Stagflation** (Stagnation bei Inflation) befindet. Wird die nachfragewirksame Geldmenge erhöht, steigen die Preise noch stärker, ohne dass eine Garantie dafür besteht, dass auch die Beschäftigung zunimmt. Wird auf eine Erhöhung der nachfragewirksamen Geldmenge verzichtet, ist zwar die Inflationsgefahr geringer, dafür ist aber auch kein Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen (Zielkonflikt).



Eine wirkungsvolle staatliche Konjunkturpolitik setzt auch die Bewältigung einer Reihe von **Abstimmungsproblemen** (Koordinationsproblemen) voraus.

¹ **Deficit** (engl.): Defizit, Fehlbestand.

² **Multiplikator** (lat.): Vervielfältiger.

Eine kleine Geschichte der Miesen

Es gab eine Zeit, als der Staat problemlos Rücklagen bilden konnte. In den fünfziger Jahren hatte der damalige Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU) so viel Geld eingenommen – oder so wenig ausgegeben –, dass er sparen konnte. Vom „Schäfferturm“ war die Rede, angelehnt an den Julisturm in Berlin, wo die Deutschen das Gold lagerten, das ihnen die Franzosen nach dem Krieg 1870/71 abtreten mussten.

Natürlich kam Schäffer zugute, dass die Währungsreform 1948 Westdeutschland einen fiskalischen Neustart bescherte. Das alte Geld war kaum noch etwas wert: Für 100 Reichsmark gab es 6,50 Mark. Zugleich wurden auch die Verbindlichkeiten geschrumpft: Im Verhältnis zehn zu eins. Die Voraussetzungen waren also günstig, solide zu wirtschaften.

Sechs Finanzminister später, als der SPD-Mann Alex Möller das Amt 1969 übernahm, hatte sich der Zeitgeist geändert – und die Zahlungsmoral. Die Wirtschaft florierte, es gab mehr Arbeit als Kräfte, in der sozial-liberalen Koalition schien alles finanzierbar: Wintergeld für Bauarbeiter, Umgehungsstraßen für Landgemeinden, Trimm-dich-Aktionen gegen den Wohlstandsspeck, unterstützt von der gesetzlichen Krankenkasse: Deren Ausgaben stiegen zwischen 1970 und 1975 um weit mehr als das Doppelte.

Als Protest gegen diese Politik trat Möller 1971 zurück, ihm folgte sein Parteifreund Karl Schiller („Gratulieren Sie mir nicht, kondolieren Sie mir lieber“), ein Jahr später gab auch er auf. Er sei nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, so Schiller, „die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut“.

Dabei stand der Aufbruch ins Uferlose erst noch bevor. Die Konjunktur trübte sich ein, vor allem nach den Ölpreisschocks von 1973 und 1979, die Zahl

der Arbeitslosen stieg kontinuierlich, doch die Regierung unter Kanzler Helmut Schmidt (SPD) tat so, als befände sich Deutschland immer noch im Wirtschaftswunder: Sie gab bei weitem mehr aus, als sie einnahm. In seiner Kanzlerschaft wuchs die Verschuldung des Bundes von 39 Milliarden auf 160 Milliarden Euro. 1982 zerbrach die sozial-liberale Koalition auch daran.

Der nächste Schuldenschub folgte sieben Jahre später, nach dem Mauerfall. Statt allein die Steuern zu erhöhen, entschied sich CDU-Kanzler Helmut Kohl dafür, die Wiedervereinigung auf Kredit zu finanzieren. Rund 1,5 Billionen Euro betragen die Kosten der Einheit bis heute. Der größte Teil floss in den Konsum, zu wenig wurde für Investitionen verwendet. Wieder der alte Fehler.

Und schließlich war es die Finanzkrise, die von 1998 an die Staatsschuld noch einmal kräftig in die Höhe trieb. Die Kapitalhilfen für die Banken, aber auch die Konjunkturpakete lasten schwer auf den öffentlichen Kassen. Rund 80 Milliarden Euro hat die Bundesregierung für Vorhaben lockergemacht, beispielsweise für die umstrittene Auto-Abwrackprämie.

Im Namen von John Maynard Keynes, dem großen britischen Ökonomen, kurbeln die Regierungen mit geliehenem Geld die Konjunktur an, aber ignorieren konsequent den zweiten, unangenehmen Teil der Lehre: das Tilgen der Schulden. Seit 1970 war kein Etat eines Bundesfinanzministers mehr ausgeglichen.

Das Versagen der Politik

Warum das so ist? „Politisches Versagen“, lautet kurz und unmissverständlich das Urteil von Lars Feld. Der Wirtschaftler aus Freiburg, mit 45 Jahren

jüngstes Mitglied der sogenannten Fünf Weisen, verknüpft das Wissen der Ökonomen mit den Erkenntnissen aus anderen Disziplinen, vorzugsweise der Politikwissenschaft. „Fragmentierung“ ist für ihn ein Schuldenbegriff, um die Neigung zum Schuldenmachen zu erklären.

Die Verschuldung wächst demnach, je mehr Parteien in der Regierung beteiligt sind oder je mehr Minister im Kabinett um Geld konkurrieren und darum, ihre jeweilige Klientel zufriedenzustellen.

Die Amerikaner sprechen von „Pork barrel politics“: Um einen Fleischtopf scharen sich viele hungrige Mäuler. Jeder will am meisten herausklauben, aber am wenigsten zum Inhalt beitragen.

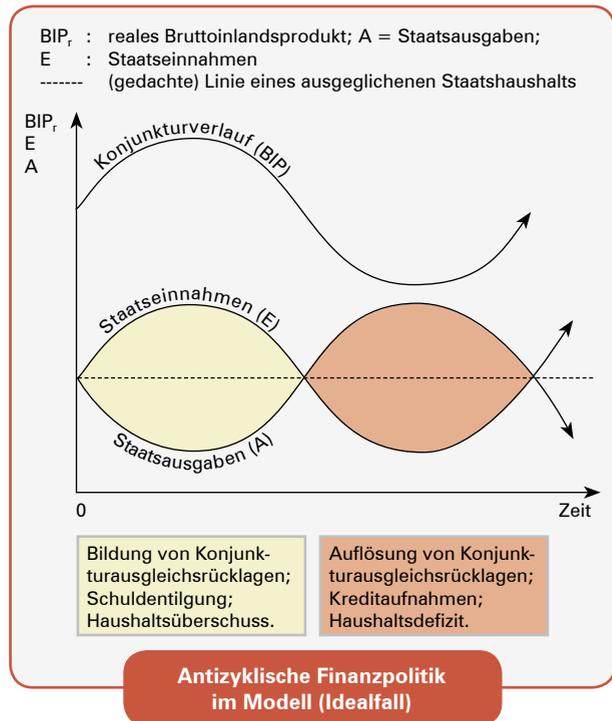
Für die Politik bedeutet das: „Jeder Abgeordnete im Parlament versucht, möglichst viel an öffentlichen Projekten in seinem Wahlkreis zu holen, um seine Wiederwahl zu sichern, und hofft, die Kosten auf die gesamte Bevölkerung zu verteilen“, so erklärt Feld den Mechanismus. Und außerdem gilt: Je häufiger die Regierung wechselt, desto stärker steigt die Staatsverschuldung.



Quelle: DER SPIEGEL 1/2012

So müssen z. B. Bund, Länder und – wenn möglich – die Gemeinden „am gleichen Strang“ ziehen, d. h. die der jeweiligen konjunkturellen Situation entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Auch **zeitliche** Abstimmungsprobleme müssen gelöst werden: Konjunkturförderungs- bzw. -dämpfungsmaßnahmen dürfen nicht zu spät erfolgen. Häufig ist es in der Praxis jedoch so, dass von der Beschlussfassung bis zur Verwirklichung geraume Zeit verstreicht, sodass konjunkturfördernde Maßnahmen erst dann wirksam werden, wenn man sie eigentlich nicht mehr bräuchte, konjunkturdämpfende Maßnahmen erst dann greifen, wenn sich die Konjunktur bereits im Abschwung befindet.

Weiterhin ist zu bemerken, dass die Möglichkeiten der staatlichen Konjunkturförderung von der **Ausgabenseite** her **begrenzt** sind, weil die meisten Staatsausgaben gesetzlich oder durch internationale Vereinbarungen festgelegt sind (z. B. Ausgaben für Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten, für die soziale Sicherung, für die Verteidigung). Werden in Zeiten der Hochkonjunktur bestehende Schulden nicht ausreichend abgebaut und keine Konjunkturrücklagen gebildet, nehmen die Staatsschulden von Konjunkturrückgang zu Konjunkturrückgang zu. Die staatliche Konjunkturpolitik besteht dann nur noch aus einem immer umfangreicher werdenden **Deficit-Spending**. Der **wachsende Schuldendienst** (Zins- und Tilgungszahlungen) verkleinert dann zunehmend die finanzielle Manövriermasse,¹ die zur Konjunkturförderung eingesetzt werden könnte.



2.1.2 Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik (Fiskalismus)

(1) Wesen des Fiskalismus

Die zuvor dargestellte „antizyklische Finanzpolitik“ ist die konsequente Anwendung des von JOHN MAYNARD KEYNES² verbreiteten Gedankenguts. Nach KEYNES und seinen Anhängern ist die **Einnahmen- und Ausgabenpolitik** der Regierung (d. h. die Politik des Fiskus = Fiskalpolitik) das **Hauptmittel**, mit dem man erfolgreich lenkend in den Konjunkturverlauf eingreifen kann (**Fiskalismus**).

1 **Manövrieren** (frz.): geschickt zu Werke gehen; finanzielle Manövriermasse = Geldmittel, die der Staat frei je nach Bedarf einsetzen kann.

2 John Maynard Keynes, britischer Volkswirtschaftler (1883–1946), legte in seinem Hauptwerk „Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ die Grundlagen der Fiskalpolitik.

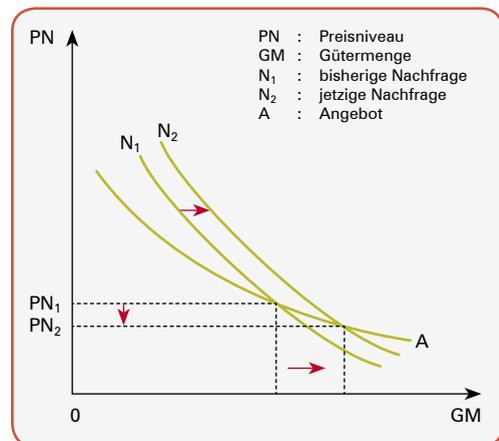
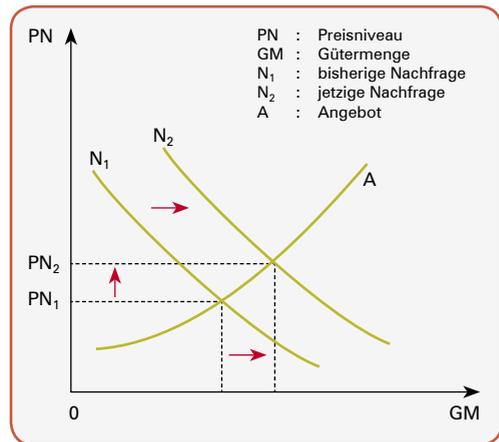


- Durch die **Steigerung der Staatsausgaben** und/oder durch **Steuersenkungen** ist der Staat in der Lage, die Wirtschaft aus einem konjunkturellen Tal herauszuführen und die **Arbeitslosigkeit zu bekämpfen**.
- Auf der anderen Seite sehen die Fiskalisten in einer **Verringerung der Staatsausgaben** und/oder in **Steuererhöhungen** Möglichkeiten, **inflationäre Tendenzen** zurückzudrängen.

Da sich die so angewandte Fiskalpolitik hauptsächlich auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auswirkt, spricht man auch von einer **nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik**.

Die (erhofften) **Wirkungen der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik** lassen sich wie folgt darstellen:

1. Es wird unterstellt, dass sich das gesamtwirtschaftliche **Güterangebot normal verhält**: Mit steigendem Preisniveau werden mehr Güter, mit sinkendem Preisniveau weniger Güter angeboten. In diesem Fall wirkt die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage **beschäftigungssteigernd**, aber auch **inflationär**. Das gesamtwirtschaftliche Güterangebot setzt sich aus der Produktion von Konsum-, Investitions- und Exportgütern zusammen. Volkswirtschaftliches Gleichgewicht herrscht, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dem gesamtwirtschaftlichen Angebot entspricht.
2. Es wird unterstellt, dass sich das gesamtwirtschaftliche Güterangebot (z.B. aufgrund des Gesetzes der Massenproduktion)¹ **anomal** verhält. In diesem Fall wirkt die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage **beschäftigungssteigernd** und **preisdämpfend**, falls sich das Angebot nicht verändert.



¹ Das Gesetz der Massenproduktion besagt, dass die Gesamtkosten pro Stück mit zunehmender Produktionsmenge sinken. Dieses Phänomen ist darauf zurückzuführen, dass die Fixkosten der Produktion sich bei steigender Produktionsmenge auf immer mehr Einheiten verteilen, sodass die fixen Kosten pro Stück – und somit auch die Gesamtkosten pro Stück – sukzessive sinken.



Die **Geldpolitik der Zentralbank** spielt in der fiskalistischen Theorie nur eine untergeordnete Rolle.

Sie soll lediglich die Wirtschaftspolitik des Staates unterstützen, indem sie durch eine entsprechende Gestaltung des Zinsniveaus (z. B. über die Offenmarktpolitik) die Kreditaufnahmebereitschaft der Wirtschaftssubjekte anregen (stimulieren) oder zurückdrängen soll. Zum anderen hat die Zentralbank die Aufgabe, die Überschussreserven und damit den Geldschöpfungsspielraum der Kreditinstitute zu beeinflussen (z. B. mithilfe der Mindestreservepolitik), um die Verwirklichung staatlicher Ziele zu erleichtern.

Die fiskalistische Theorie beeinflusste nach 1949 stark die wirtschaftspolitische Praxis der Bundesrepublik Deutschland. Auch die Inhalte des „Stabilitätsgesetzes“ (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums [StabG] vom 8. Juni 1967) fußen weitgehend auf dem Gedankengut der Fiskalisten.

(2) Kritik am Fiskalismus

Am Fiskalismus wird aus mehreren Gründen Kritik geübt:

- Konjunktursteuerungsmaßnahmen der Regierungen erfolgen in aller Regel zu spät. Wird im **Aufschwung** gebremst, tritt die dämpfende Wirkung erst ein, wenn der Abschwung bereits im Gang ist. Die Konjunkturdämpfungsmaßnahmen verschärfen somit noch die Rezession. Wird im **Abschwung** die Konjunktur gefördert, treten die anregenden Wirkungen erst dann ein, wenn der Aufschwung bereits eingesetzt hat. Die Konjunkturförderungsmaßnahmen verstärken somit den Boom und die Inflation.
- Die „**Stop-and-go-Politik**“ der Fiskalisten richtet auch deswegen mehr Schaden an, als sie Gutes bewirkt, weil die bei jedem Konjunkturzyklus erforderlichen Bremsmaßnahmen Unternehmen zum Aufgeben zwingen, also volkswirtschaftliche Kapazitäten und damit Arbeitsplätze vernichten.
- Für die Regierungen ist es leichter, die öffentlichen Ausgaben zu erhöhen, als sie einzuschränken. Die Folge ist, dass die im Abschwung entstandene **Staatsverschuldung** nicht mehr oder nicht in vollem Umfang abgebaut wird. Auf diese Weise steigt die Staatsverschuldung von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus. Die Staatshaushalte werden immer mehr durch steigende Tilgungs- und Zinsleistungen belastet, sodass der Spielraum der Regierungen für fiskalpolitische Maßnahmen immer enger wird.
- Die erforderlichen Kreditaufnahmen durch die verschuldeten öffentlichen Haushalte erhöhen die Gesamtkreditnachfrage und damit das **Zinsniveau**. Die Investitionsneigung der Unternehmen nimmt ab, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

2.1.3 Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (Monetarismus)¹

(1) Wesen des Monetarismus

Die These der **Monetaristen** ist, dass die Arbeitslosigkeit durch den Staat (genauer: durch die Regierungen) selbst verschuldet wird. Der Staat muss sich deshalb bei Eingriffen in den Wirtschaftsablauf zurückhalten, für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen und den Abbau der Arbeitslosigkeit den Selbstheilungskräften des Marktes überlassen.

¹ Hauptvertreter des Monetarismus ist der amerikanische Nobelpreisträger MILTON FRIEDMANN.



Die **monetaristische Theorie** geht davon aus, dass eine **enge Beziehung** zwischen der Beschäftigung (der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts) einerseits und der Geldmenge andererseits besteht:

- **Steigt die Geldmenge**, wird über die zusätzlich finanzierte Nachfrage die Wirtschaft angekurbelt; das Bruttoinlandsprodukt steigt, die Arbeitslosigkeit nimmt längerfristig ab.
- Wird das **Geldmengenwachstum gestoppt**, kann die mögliche zusätzliche Nachfrage nicht finanziert werden; die Preissteigerungsraten werden geringer; die Güterproduktion stagniert oder geht zurück. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Aus diesen beiden Thesen folgt, dass eine **Verstetigung des Geldmengenwachstums** auch zu einer **Verstetigung des Wirtschaftswachstums** führen muss. Die führende Rolle in der Wirtschaftspolitik muss also die **Zentralbank** eines Landes bzw. eines Währungsgebiets haben.

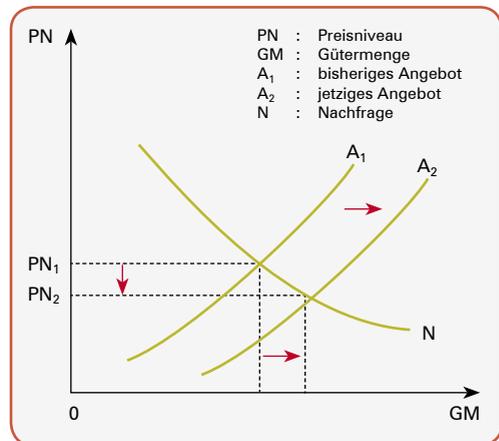
Die Geldpolitik der Notenbank wird ergänzt durch eine **angebotsorientierte Wirtschaftspolitik** der Regierung: Um die Beschäftigung zu erhöhen, müssen die Kosten der Unternehmen (der Anbieter) gesenkt werden. Einzelmaßnahmen bzw. -forderungen sind z. B.:

- Die Löhne und die Lohnnebenkosten (vor allem Sozialversicherungsbeiträge) dürfen nicht im selben Maße wie die Produktivität steigen.
- Die Kostensteuern müssen gesenkt und die Abschreibungsmöglichkeiten verbessert werden.¹

Die **Wirkungen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik** lassen sich ebenfalls mithilfe der gesamtwirtschaftlichen Angebotskurve und der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekurve darstellen:

1. Es wird unterstellt, dass sich das gesamtwirtschaftliche Angebot **normal** verhält. **Kostensenkungen** führen zu **steigender Beschäftigung** und (falls die Nachfrage unverändert bleibt) zu **sinkendem Preisniveau**.

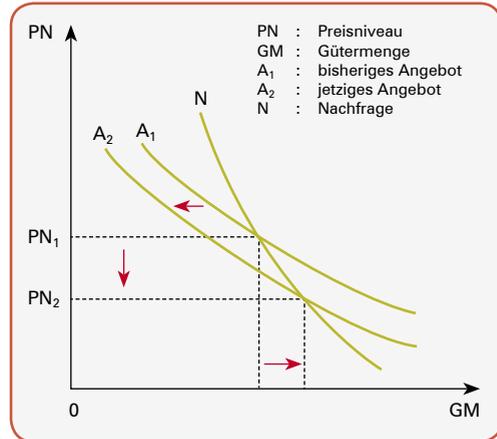
So einfach wie das Modell ist die Wirklichkeit nicht. Häufig werden die Anbieter aufgrund von Kostensenkungen ihre Preise nicht senken, sondern ihre Gewinne erhöhen. Ob dies zu einer Steigerung der Investitionsgüternachfrage führt, hängt von den Zukunftserwartungen der Anbieter ab.



¹ Diese Forderung geht auf den amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler LAFFER zurück, der die These vertritt, dass es zwei unterschiedlich hohe Steuersätze gibt, bei denen das gleich hohe Steueraufkommen erzielt wird. Wird eine bestimmte Steuersatzhöhe überschritten, geht sogar das Steueraufkommen zurück, weil die Leistungsbereitschaft der Steuerpflichtigen abnimmt, Steuerflucht (z. B. durch Kapitalflucht) einsetzt und Schwarzarbeit zu einer blühenden „Schattenwirtschaft“ führt. Steuersenkungen sind angebracht.

2. Es wird unterstellt, dass sich das gesamtwirtschaftliche Angebot **anomal** aufgrund des Gesetzes der Massenproduktion verhält. **Kostensenkungen** führen ebenfalls zu **steigender Beschäftigung** und zu **sinkendem Preisniveau**, und zwar dies auch dann, wenn die Nachfrage steigen sollte.

Auch in diesem Modell ist unterstellt, dass die Anbieter die Kostensenkungen an die Nachfrager weitergeben. Tun sie das nicht, ist das Ergebnis das gleiche wie im obigen Fall 1: Eine wirtschaftliche Belebung erfolgt nur, wenn die gestiegenen Gewinne für zusätzliche Investitionen verwendet werden, die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage also zunimmt.



(2) Kritik am Monetarismus

An der monetaristischen Theorie sowie an der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wird z. B. aus folgenden Gründen Kritik geübt:

- Der Monetarismus in Verbindung mit der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik bevorzugt – so wird gesagt – **einseitig** die **Anbieter**. Außerdem sei zweifelhaft, ob die Anbieter Kostensenkungen (z. B. Steuererleichterungen) an die Nachfrager (z. B. an die Verbraucher) weitergeben. Die monetaristische Wirtschaftspolitik sei daher unsozial.
- Der Monetarismus geht davon aus, dass eine Vermehrung der Geldmenge in jedem Fall das Wirtschaftswachstum (das Angebot) fördert. Dies muss jedoch nicht der Fall sein. Schlägt sich die Geldmengenerhöhung nicht in einem erhöhten Angebot nieder (z. B. weil die Unternehmen nicht in ausreichendem Maße Zusatzinvestitionen vornehmen wollen oder können), führt die Geldmengenerhöhung lediglich zur **Inflation** (steigende Nachfrage bei gleichbleibendem oder nicht in gleichem Maße steigendem Angebot).
Die monetaristische Theorie, so wird spöttisch gesagt, gehe davon aus, dass man dicker werde, wenn man den Gürtel lockerer schnalle, nicht aber davon, dass man den Gürtel lockerer schnalle, wenn man dicker wird.
- Der Monetarismus in Verbindung mit der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zeigt erst auf mittlere Sicht Auswirkungen. Die Begrenzung des Geldmengenwachstums zum Zweck der Inflationsbekämpfung führt dazu, dass unrentable Unternehmen ausscheiden müssen und dadurch die **Arbeitslosigkeit** erhöht wird.
Dies aber führt zu Protesten politischer Parteien und Gewerkschaften, denen sich die Regierungen aufgrund der kurzen Wahlperioden (i. d. R. 4 Jahre) nicht entziehen können. Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik sei daher aus sozialpolitischen Gründen nicht wünschenswert und aus politischen Gründen nicht durchsetzbar.